**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/5677**

**16. Wahlperiode** 14. 06. 2007

# Antrag

**der Abgeordneten Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer, Kersten Naumann, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann, Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE.**

## Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutsche Telekom AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung bei der Deutsche Telekom AG verstärkt nachzukommen. Dabei soll sie besonders darauf hinwirken, dass der Vorstand der Deutsche Telekom AG seine soziale Verantwortung für die Beschäftigten stärker wahrnimmt;
2. als Miteigentümerin der Telekom darauf hinzuwirken, dass keine Schließungen und Veräußerungen von Unternehmensteilen stattfinden, solange nicht ein Konzept vorliegt, das einen verbesserten Schutz sowie gesicherte Perspektiven für alle Beschäftigten berücksichtigt;
3. sich über die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der Deutsche Telekom AG für eine Unternehmenspolitik einzusetzen, die nicht auf Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten, auf Kostensenkung durch Arbeitsplatzabbau, auf Aufweichung von Arbeitnehmerschutz sowie auf Entgeltbedingungen auf Billiglohnniveau beruht.

Berlin, den 14. Juni 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

## Begründung

Ende Oktober 2006 wurde bekannt, dass die Telekom im Rahmen der Umsteuerung ihrer Geschäftspolitik beabsichtigt, mindestens 45 000 Beschäftigte in eine Gesellschaft „T-Service“ auszulagern, um deren Kosten um ca. 30 bis 50 Prozent zu senken. Bereits 2003 wurde die hauseigene Personal-Service-Agentur unter dem Namen „Vivento“ aus dem Konzern ausgegliedert. Einige Vivento-Standorte sind mittlerweile geschlossen worden – die Arbeitsplätze sind damit verloren. In Bezug auf „T-Service“ sollen ebenfalls für den Fall, dass die zuständige Gewerkschaft ver.di keine Zugeständnisse im Bereich der Arbeits- und Entgeltbedingungen macht, Teile am Markt verkauft werden, so die

Aussage des Telekom-Vorstandes. Diesen Plänen zur Umstrukturierung hat der Aufsichtsrat der Deutsche Telekom AG nach Pressemeldungen gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter auf seiner Sitzung am 28. Februar 2007 zugestimmt.

Ver.di legte zu den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen bereits im November 2006 Alternativempfehlungen im Sinne der betroffenen Beschäftigten vor. Dieser Empfehlung liegen folgende Punkte zugrunde:

- die Ablehnung der Ausgründung in eine Gesellschaft mit dem Namen „T-Service“,
- die Ablehnung weiterer Standortschließungen, Auslagerungen und Verkäufe,
- keine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 34 Stunden,
- kein Abbau der bestehenden Löhne und Arbeitsbedingungen,
- für ein beschäftigungspolitisches Stabilitätskonzept bei der Deutsche Telekom AG.

In der Vergangenheit hat die Telekom gezielt in kleineren Tochtergesellschaften schlechtere Konditionen durch Ausnutzung der Ängste der jeweiligen Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz durchgesetzt. So ist es gelungen, in kleineren Telekom-Einheiten Tarifbindungen zu schaffen, die deutlich unterhalb des Niveaus beim Mutterkonzern liegen, die jedoch von den betroffenen Beschäftigten gezwungenermaßen toleriert werden.

Die jetzigen Umstrukturierungspläne und die Schaffung von „T-Service“ zielen darauf ab, über das Instrument des Betriebsübergangs (§ 613a des Bürgerlichen Gesetzbuchs – BGB) die betroffenen Einheiten in schlechter tarifierte Bereiche zu überführen.

Auch wenn die Telekom beteuert, unter starkem Wettbewerbs- und Kostensenkungsdruck zu stehen, hindert sie das nicht daran, den Aktionären weitere Rekorddividenden zu versichern. Gleichzeitig werden die Beschäftigten mit einem radikalen Angriff auf ihre Arbeits- und Entgeltbedingungen konfrontiert. Die vom Telekom-Vorstand vorgesehenen Arbeits- und Entgeltbedingungen liegen deutlich unter denen von Wettbewerbern in der Elektroindustrie sowie im Elektrohandwerk. Das heißt, dass auch die Bedingungen in der gesamten Branche massiv unter Druck geraten.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333